

Unverkäufliche Leseprobe



Norbert Frei
Der Führerstaat

Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis
1945

313 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-64449-8

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/11209853>

Das Thema

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 markiert eine Zäsur in der deutschen Geschichte. Doch entschied dieser Tag schon über die Zerstörung des Deutschen Reiches und die Teilung Europas? War das Ende des »Führerstaates« bereits besiegelt, noch ehe die Fundamente lagen? Bei aller Folgerichtigkeit, die wir rückschauend erkennen, war der Weg in die Katastrophe nicht zwangsläufig. Auch in der Geschichte des Dritten Reiches gab es Wendepunkte und Alternativen, und im letzten war sie offen wie alle Geschichte.

Eine der Stationen von langfristiger Bedeutung war der 30. Juni 1934, dem Monate einer schweren inneren Krise vorausgegangen waren. In einem blutigen doppelten Coup schaltete Hitler die SA als Unruheherd innerhalb der eigenen »Bewegung« aus, aber auch seine Kritiker und ursprünglichen Koalitionspartner auf der Rechten. Damit erst war der Anspruch auf politische Alleinherrschaft befestigt, die Phase der Formierung des »Führerstaates« abgeschlossen.

Begünstigt durch den sich nun entfaltenden »Führer«-Mythos fanden die Gestaltungsansprüche des Regimes in den folgenden Jahren der Konsolidierung breite Aufnahmebereitschaft in der deutschen Gesellschaft. Nicht mehr der politische Terror der Anfangszeit, sondern die wirtschaftlichen und bald auch außenpolitischen Erfolge der Nationalsozialisten bestimmten im Bewußtsein einer streckenweise durchaus Realität gewordenen »Volksgemeinschaft« diese mittlere Phase. Ohne die volle historische Einbeziehung der trotz des verstärkten Leistungsdruckes und der unentwegten ideologischen Mobilisierung von vielen Deutschen so erlebten »guten Jahre« ist die bis tief in die Kriegszeit anhaltende sozialpsychische Bindekraft des Regimes kaum zu erklären. Aus diesem Grund konzentriert sich die vorliegende Darstellung besonders auf die allgemeine politische, gesellschaft-

liche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Dritten Reiches.

Der Krieg, im Osten von Beginn an als Weltanschauungskampf geführt, bewirkte auch im Innern eine Radikalisierung. Nach einer Phase etatistischer Machtentfaltung brach sich die ideologische Dynamik der »Bewegung« Bahn. Ausdruck fand diese monströse Radikalisierung zunächst in den Tötungsaktionen gegen Behinderte, dann aber vor allem in der Ermordung der europäischen Juden und in dem damit verbundenen Projekt einer sozialen und rassischen »Sanierung« des gesamten deutschen Herrschaftsbereichs.

Formierung, Konsolidierung und Radikalisierung – die Übergänge zwischen diesen Phasen nationalsozialistischer Herrschaft waren gewiß fließend. Doch als Markierungen der inneren Entwicklung des Dritten Reiches erscheinen sie nützlich nicht nur aus analytischen Gründen, sondern auch um der Differenzierung politischer und moralischer Verantwortlichkeit willen.

I. Die Regimekrise im Frühjahr 1934

Viele hielten die Tage der Regierung Hitler für gezählt. Gerade zwölf Monate lag die sogenannte Machtergreifung zurück, doch von »nationaler Erhebung« war nichts mehr zu spüren. Die Begeisterung, die den neuen Herren anfangs entgegengebracht worden war, hatte wenig mehr zurückgelassen als eine heftige politische Katerstimmung. Der Aufschwung schien auf halber Höhe steckengeblieben zu sein. In Staat und Partei, Wirtschaft und Verwaltung, Reichswehr und SA, in der Stadt wie auf dem Land – überall machte sich Ernüchterung breit. Und, schlimmer noch, täglich wuchs die Zahl derer, die ihre Unzufriedenheit auch deutlich artikulierten. Kritik kam von allen Seiten, aus ganz unterschiedlichen Motiven.

In der mittelständischen Geschäftswelt, unter den kleinen Gewerbetreibenden, war die Mißstimmung besonders groß. »Was habt ihr uns alles vorher versprochen, die Warenhäuser sollten geschlossen werden, die Einheitspreisgeschäfte verschwinden. Nichts ist geschehen, wir sind belogen und betrogen worden.«¹ Der Kaufmann, der sich in Görlitz bei einer Versammlung der Nationalsozialistischen Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago) empörte, wurde anderntags verhaftet. Die schon im März 1933 erlassene »Heimtückeverordnung« ermöglichte zwar die Bestrafung selbst mündlicher Kritik, aber grassierender Enttäuschung, Verbitterung und Ratlosigkeit war damit kaum beizukommen. Immerhin verhinderten die Angst vor Repressalien und die Pressezensur, daß die Öffentlichkeit eine klare Vorstellung vom Ausmaß der Krise gewann. Doch das Regime wußte Bescheid. Zehntausende lokaler Parteifunktionäre

¹ Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Salzhausen, Frankfurt am Main 1980. Erster Jahrgang 1934, S. 50; das folgende Zitat S. 49.

hatten ihr Ohr an der Basis, und die traditionellen Berichte der inneren Verwaltung, die schon auf der Ebene von Gendarmerieposten einsetzten, korrigierten die schönfärberischen Berichte in den Zeitungen.

Vergleichbar gut wie die NS-Führung überblickte nur eine Gruppe organisierter Gegner die Lage: die Sozialdemokraten im Prager Exil (Sopade), die von Vertrauensleuten im gesamten Reichsgebiet regelmäßig mit Informationen versorgt wurden. Eine Meldung aus Westsachsen: »Die schon früher berichtete miese Stimmung unter (sic) der Geschäftswelt und dem Bürgertum ist noch mieser geworden. Diese Kreise sind es heute vornehmlich, die wie die Rohrspatzen schimpfen, wenn sie wissen, daß niemand zugegen ist, der sie denunziert. Und es sind darunter viele Leute, die noch vor Jahresfrist ihre Freude, daß der Adolf nun Kanzler ist, nicht laut genug hinausschreien konnten und in den vergangenen Jahren feste Hitler gewählt haben. Heute sagen sie mit Entsetzen, daß sie es sich so nicht vorgestellt haben.«

Unzufriedenheit über unerfüllte materielle Erwartungen kennzeichnete nicht allein die Stimmung im Mittelstand. Die extreme Sparsamkeit der Arbeiter- und Angestelltenfamilien, die Hauptklage des Einzelhandels, kam ja nicht von ungefähr: Ursache dafür waren, neben horrenden Preiserhöhungen bei Lebensmitteln, teilweise drastische Lohnkürzungen. In der oberpfälzischen Porzellan- und Glasindustrie beispielsweise sanken die Löhne binnen eines Jahres um bis zu 50 Prozent². Auch die Angst vor Arbeitslosigkeit blieb präsent. Denn nach den raschen Anfangserfolgen seit Januar 1933, als das Sechs-Millionen-Heer der Arbeitslosen innerhalb von zwölf Monaten um mehr als ein Drittel zusammengeschnitten war, ging es nur zäh weiter aufwärts. Etliche, die dank der staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme zunächst eine Beschäftigung gefunden hatten – häufig im Straßenbau, wo schwere Arbeit statt von modernen Maschinen mit

² Vgl. Ludwig Eiber, Arbeiter unter der NS-Herrschaft. Textil- und Porzellanarbeiter im nordöstlichen Oberfranken 1933–1939. München 1979, S. 95–98 und 219, Anm. 143; zum folgenden insgesamt Deutschland-Berichte 1934, S. 33 bis 48.

schlechtbezahlter Menschenkraft geleistet wurde –, standen bald wieder vor den Arbeitsämtern. Und viele schon länger Unbeschäftigte hatten erfahren müssen, daß die eindrucksvollen offiziellen Bilanzen auch auf empfindlichen Kürzungen der Sozialtats und statistischen Tricks beruhten. Die gemeindliche Wohlfahrtsunterstützung war häufig gekürzt oder an schier unzumutbare Bedingungen geknüpft worden, zum Beispiel an den Nachweis, Woche für Woche bei 25 Firmen vergebens um Arbeit vorstellig geworden zu sein. Bei den »Vertrauensräte«-Wahlen vom März und April 1934 kassierte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation für ihre Einheitsliste so empfindliche Absagen, daß in vielen Betrieben auf die Bekanntgabe der Ergebnisse verzichtet wurde.

Allerdings herrschte in der Arbeiterschaft eine weniger einheitliche Stimmung als im Mittelstand. Weiterhin Arbeitslose blieben skeptischer als Menschen, die inzwischen Arbeit gefunden hatten, und der Propagandarummel um »Arbeitsschlacht«, Arbeitsdienst und Landhilfe vermittelte immerhin das Gefühl, unter dem Nationalsozialismus werde etwas getan: »Der Arbeiter klagt über geringe Entlohnung. Dabei sind viele doch wieder froh, daß sie wenigstens Arbeit haben. Der Arbeiter bildet sich seine Meinung, die durchaus nicht günstig für die Machthaber ist, aber er behält sie für sich. Allgemein betrachtet, scheint die Arbeiterschaft gegenwärtig in einem Zustande der Unsicherheit und des Wartens zu verharren. Es fehlt ihr der Glaube.«³

Reichlich desillusioniert waren die Bauern, die (mit Ausnahme von Teilen der norddeutsch-protestantischen Landarbeiterschaft) den Nationalsozialisten ohnehin lange die kalte Schulter gezeigt hatten. Die zentralisierte neue Produktvermarktung durch den Reichsnährstand, als Maßnahme zur Ertragssteigerung gedacht, sorgte auf dem Land für beträchtliche Unruhe. Im katholisch-agrarischen Milieu Süddeutschlands stieß die NS-Landwirtschaftspolitik, ein ineffizientes Gemisch aus Autarkiebestrebungen und Blut- und Boden-Ideologie, auf klare, sehr konkret

³ Deutschland-Berichte 1934, S. 107 (Schilderung aus Südbayern); die folgenden Zitate und Angaben S. 230 ff. bzw. 51 f.

begründete Ablehnung: »Eier, Butter und Schmalz müssen an die Einkaufszentralen abgeliefert werden. Die Einkaufszentralen funktionieren aber schlecht. Branchenkunde fehlt meist ... In der Stadt Cham, wo eine solche Bezirks-Eiersammelstelle ist, ist vor kurzem in der großen Hitze ein ganzer Waggon Eier unbrauchbar (stinkend) geworden. Der Leiter der Eierstelle wollte den Waggon erst abrollen lassen, wenn er voll Ware ist ... Das alles wissen die Bauern und werden wütend über diese unfähigen Bonzen, »die nur Auto fahren können.«

Negativer noch als der Reichsnährstand, der in vielem ja nur die Aufgaben der früheren landwirtschaftlichen Genossenschaften weiterführte, schlug das Reichserbhofgesetz zu Buche. Mancher Bauer sah sich dadurch in seinem Recht am Eigentum und in seiner persönlichen Entscheidungsfreiheit beschnitten. Ein Bericht aus Brandenburg: »Nach dem Gesetz dürfen die Grundstücke nicht verschuldet werden, auch nicht zur Erbteilung und Aussteuer. Allein in dem Bezirk eines Notars sind in Auswirkung des Gesetzes 20 Verlöbnisse aufgehoben worden ... In einem Falle wurde dem Sohne durch das Erbhofgesetz die Vollendung des fast abgeschlossenen Studiums verboten, weil der Hof ohne Verschuldung die Kosten nicht aufbringen kann. Wo Ältestenrecht gilt, kehren älteste Söhne aus der Stadt zurück, verdrängen jüngere Geschwister und wirtschaften den Hof in Grund und Boden.«

Aus der Sicht der Reichsnährstands-Funktionäre waren das Übergangsschwierigkeiten, deretwegen Reichsbauernführer Dar-ré Mitte April 1934 auf dem ersten bayerischen Bauerntag in München eher kleinlaut um Verständnis warb – vor kaum einem Drittel der erwarteten 50 000 Besucher. Doch das Mißtrauen in der bäuerlichen Bevölkerung blieb. Zwar zog man seinen Nutzen aus der verstärkten Zuweisung von Landhelfern – Auswahl und Verteilung der per Lastwagen aufs Dorf gekarrten Arbeitslosen erinnerte Sopade-Beobachter an einen Sklavenmarkt –, aber die Distanz zum Regime verringerten solche kleinen Wohltaten nicht: »Die Bauern sind samt und sonders über das Hitlersystem aufgebracht. Die Markttag in den Städten ... nehmen fast den Charakter von politischen Versammlungen an. Es fehlt nur der

Referent, dafür diskutiert und schimpft alles ... über den ›Sautall‹, über die Bonzenwirtschaft, über den Volksbetrug ... Die Gendarmen gebärden sich so, als hör(t)en sie die Marktbesucher nicht. Tauchen bekannte Nazispitzel auf, so wird höchstens in der nächsten Umgebung leiser gesprochen, aber die Stimmung der Bauern können die Spitzel ganz gut erkennen. Von einer Furcht vor den Nazis kann man bei den Bauern schon längst nicht mehr sprechen. Im Gegenteil, bekannte Nazis gehen den Bauern aus dem Weg, um von diesen nicht zur Rede gestellt zu werden, wann man denn endlich mit der Verwirklichung der Versprechungen beginnen wolle.«

Nicht allein Mittelstand, Arbeiter und Bauern waren aufgebracht; im Frühjahr 1934 zeigte das stilisierte Bild von der erfolgsgewohnten, dynamischen NS-Bewegung aus der Perspektive praktisch aller Bevölkerungsschichten deutliche Spuren der Abnutzung. Hausfrauen schimpften über die Versorgungsengpässe bei Milchprodukten, Eiern, Fett; gerade die billigen Margarinesorten waren oft überhaupt nicht zu bekommen. Statt dessen gab es Rezepte zur Eigenproduktion – und in einer der vielen Ministerbesprechungen zum Thema Fettkrise vom »Führer« den Rat, Sojabohnen anzubauen. (Ernährungs-Staatssekretär Backe führte dagegen »entbitterte Lupinen« ins Feld.) Der Industrie fehlten Kautschuk und Erdöl, aber statt der knappen Devisen erhielt sie Empfehlungen, auf Ersatzstoffe auszuweichen und die Anstrengungen zur synthetischen Produktion zu verstärken. Hitler: »Mit der Lösung der Rohstofffrage hätte man bereits im Jahre 1933 beginnen sollen.«⁴

Nicht nur um seine ehrgeizigen Autarkiepläne fürchtete der Reichskanzler, die gesamte wirtschaftspolitische Entwicklung sorgte ihn. In einer Konferenz mit den Reichsstatthaltern am 22. März 1934 geriet er geradezu in Panik. Vor den mutmaßlichen »Vizekönigen des Reichs« (deren ungeklärte Stellung im NS-Staat stand ebenfalls auf der Tagesordnung), aber auch

⁴ Protokoll der Chefbesprechung vom 7. 6. 1934. In: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938. Teil I: 1933/34. 2 Bände. Boppard 1983, hier I/2, S. 1310.

Reichsministern und ranghohen Parteigenossen wie Göring, Frick, Heß, Funk und Bormann, meinte Hitler zur jämmerlichen Devisenlage, es komme »auf die Verhinderung einer Katastrophe an«. Seine – groteske – Forderung, sämtliche Rohstoffe nur noch nach Billigung des Reichswirtschaftsministers zu bestellen, illustrierte der Kanzler am Beispiel eines Auftrags der Deutschen Arbeitsfront (DAF) für »Millionen Anzüge« aus importierter Baumwolle: »Wenn ein solches Experiment fünfmal gemacht wird, dann ist der Devisenbestand aufgebraucht.« Anschließend beklagte er die »Eingriffe in die Wirtschaft ... durch Partei- oder SA-Instanzen«. Den neuesten Warenhaus-Boykott der NS-Hago kommentierte er mit der Erklärung, die »Zusperrung der Warenhäuser würde zu einer Bankkatastrophe führen (und) dem wirtschaftlichen Wiederaufbau den Todesstoß versetzen«. Hitlers düstere Stimmung fing der Protokollant, vermutlich Bayerns Statthalter Franz Ritter von Epp, in Formeln wie dieser ein: »Jede Granate braucht einen Kupfering – wir haben kein Kupfer in Deutschland – vorstellen, was das bedeutet.«⁵

Wo selbst der »Führer« mäkelte und ranghohe Nationalsozialisten »die fraglos vorhandene schlechte Stimmung in den breiten Massen des Volkes« zum Ansatzpunkt ihrer eigenen Unzufriedenheit machten (so Bayerns Innenminister Adolf Wagner, der das Steckenbleiben der Reichsreform beklagte, von der er sich persönlich noch mehr Macht versprach⁶), da glaubte auch ein Wirtschaftsführer wie Fritz Thyssen beim Reichskanzler seine Beschwerden über den Organisationsmoloch Arbeitsfront und die »verhängnisvolle Verewigung des weltanschaulichen Kampfes« anbringen zu können. Einer der frühesten Förderer Hitlers aus den Kreisen der Industrie bemerkte nun immerhin auch die Nachteile der »publizistischen Eintönigkeit«: Über die verbreitete Kritik an Leys DAF finde sich in der NS-Presse »kein Sterbenswörtchen«, und der bürgerlichen Presse fehle dazu »natürlich der Mut«⁷.

⁵ Akten der Regierung Hitler I/2, S. 1197–1200.

⁶ Vgl. ebenda, S. 1345–1351.

⁷ Ebenda, S. 1322–1331.

Wie die Wirtschaft klagte auch die Beamtenschaft über störende Eingriffe von Parteistellen und SA-Kommissaren, die zwar über politische Macht, nicht aber über entsprechende Sachkenntnisse verfügten. Waren Hitlers Koalitionspartner von der Alten Rechten zunächst durchaus bereit gewesen, über unschöne »Begleiterscheinungen« der »nationalen Revolution« hinwegzusehen – insbesondere über die brutale Ausschaltung der Arbeiterbewegung und der linksliberalen Kultur- und Geisteswelt in den ersten Monaten nach der »Machtergreifung« –, so schien die Entwicklung nun doch immer mehr auch in der Sicht von Staatsdienern, Kirchenfürsten, Juristen, Rechtsintellektuellen, ja nahezu des gesamten bürgerlichen Establishments eine bedrohliche Richtung zu nehmen. Etliche hatten mittlerweile erkannt, daß sich, je fester das Regime im Sattel säße, sein totalitärer Anspruch unweigerlich auch gegen ihre eigenen Interessen wenden würde.

Was, so fragten sich schlichtere Gemüter, ist denn besser geworden unter der neuen Regierung? Immer weniger glaubten an die Singularität der »Hitler-Bewegung«, immer mehr hielten die NSDAP für »typisch Partei«, unfähig wie alle anderen auch. Der Rückgang des Denunziantentums und der Spendenfreudigkeit, die immer spärlichere Beflaggung der Privathäuser an staatlichen Feiertagen, halblaute Meckereien, die Freimütigkeit, in der Witze über »die da oben« gerissen und auf Kirchenkanzeln kritische Töne angeschlagen wurden – all das waren Signale eines dramatischen Stimmungsumschlags, dem Goebbels mit einem Versammlungsfeldzug beizukommen suchte.

Am 11. Mai 1934 eröffnete der Propagandaminister und Reichspropagandaleiter der NSDAP im Berliner Sportpalast den »Kampf gegen die Staatsschädlinge«⁸. Indigniert stellte er fest, es gebe »Menschen, die mögen sich selbst nicht leiden, und sie ärgern sich schon, wenn sie in den Spiegel schauen. Sie haben an allem etwas auszusetzen.« Aber auch Verdikte wie »Miesmacher« und »Kritikaster« konnten den auffallend defensiven Ton der Rede nicht kaschieren: Stets sei klar gewesen, »daß der Nationalsozia-

⁸ So die Schlagzeile des ›Völkischen Beobachters‹ vom 13. 5. 1934; danach die folgenden Zitate.

lismus nur Zug um Zug verwirklicht werden könnte«, und »Krisenerscheinungen« müßten eben überwunden werden. Schuld daran trügen die nörgelnde »Reaktion«, die Juden (»Wir haben nichts gescheut, um das deutsche Volk von diesem Geschmeiß zu befreien.«) und die vorangegangenen Regierungen, von denen »wir die Erbschaft des Marxismus schweigend übernahmen«. Französische Kritik am militärähnlichen und damit den Versailler Vertrag verletzenden Status der SA veranlaßte ihn zur Verteidigung des Parteiheeres: »Und wenn man fragt, warum die SA in Deutschland weiterbesteht, so kann ich hierzu nur sagen, daß die SA letzten Endes auch Frankreich vor dem Bolschewismus gerettet hat ... Die SA ist nicht eine Kriegs-, sondern eine Friedenstruppe, eine Truppe der Ordnung und Disziplin, die junge Deutsche zu Bürgern des Staates macht und ein Garant dafür ist, daß Spannungen innen- und außenpolitischer Natur von dem gefestigten deutschen Volk beseitigt werden.«

Solche Sätze verrieten Goebbels' eigene Unsicherheit über den künftigen Kurs, und nicht weniger aufschlußreich war, worüber er sich ausschwig: Kein Wort über die Unzufriedenheit in Teilen der »Bewegung« und besonders bei der SA, kein Wort über die sonst so gerne gepriesene Genialität des »Führers«. Hitler hielt sich einstweilen bedeckt, und Goebbels mußte das respektieren. Schon deshalb, weil dem Propagandaminister eine Entwicklung nicht verborgen geblieben sein konnte, die der Sopade-Bericht für Mai/Juni 1934 mit der Haltung des »gemütlichen Münchner Kleinbürgers und Spießers« umschrieb: »Ja, ja, unser Adoifi war schön recht, aber de um ean uma, de san lauter Bazi!«⁹

In nuce offenbarte diese weitverbreitete Auffassung – hochdeutsch verkürzt und auf alle Lebenslagen anwendbar stereotypisiert zum bekannten »Wenn das der Führer wüßte« – ein zentrales sozialpsychisches Funktionselement des »Führer«-Mythos, der sich bald ins schier Unglaubliche steigern sollte. Jetzt aber näherte sich die Volksstimmung erst einmal gefährlich einer pauschalen Verdammung des Regimes, bei der gerade die für Hitler existentiell wichtige Bereitschaft zur Differenzierung zwi-

⁹ Deutschland-Berichte 1934, S. 101; dort auch das folgende Zitat.

schen dem »Führer« und dem fehlbaren Rest der »Bewegung« verlorenzugehen drohte. Die Miesmacher-Aktion hatte sich eindeutig als Fehlschlag erwiesen. Aus Südwestdeutschland meldete die Sopade: »Wenn der Vertrauensschwund auch nur noch Wochen weitergeht in diesem Tempo, dann muß etwas geschehen. Was geschieht, darüber läßt sich streiten. Die äußerste Grenze ist jedenfalls bald erreicht. Die Kritik macht auch vor Hitler nicht mehr halt.«

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de